

Erste Sitzungswoche des Jahres 2014

CSU-Landesgruppe nimmt in Berlin die Parlamentsarbeit auf

Nachdem die CSU-Landesgruppe mit ihrer traditionellen Kreuther Klausurtagung in der vergangenen Woche bereits kraftvoll ins neue Jahr gestartet ist, haben die christlich-sozialen Abgeordneten in dieser Woche in Berlin den Parlamentsbetrieb aufgenommen. Ziel der Landesgruppe ist es nun, die zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages zügig und konsequent umzusetzen.



Foto: picture alliance / dpa

Die CSU-Landesgruppe um Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und den Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger startete in dieser Woche in Berlin in den parlamentarischen Betrieb der 18. Legislaturperiode.

Mit der Konstituierung der Fraktionsgremien und Ausschüsse hat in dieser Woche für die CSU-Landesgruppe die richtige Parlaments- und Regierungsarbeit in der Großen Koalition begonnen. Jetzt geht es darum, die im Koalitionsvertrag vereinbarten gemeinsamen Projekte anzugehen und das Land voranzubringen. Noch im Januar wird von der Bundesregierung das große Rentenpaket mit der Mütterrente, der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie die Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente auf den Weg gebracht. Die Mütterrente war ein zentrales Anliegen der CSU-Landesgruppe. Sie ist eine große Aufgabe, von der neun Millionen Mütter oder Väter betroffen sind, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Wir werden gesetzlich regeln, dass die verbesserte Mütterrente notfalls rückwirkend zum 1. Juli 2014 gezahlt wird. Bei der ab-

schlagsfreien Rente mit 63 bleibt es dabei, dass 45 Beitragsjahre Voraussetzung sind. Gleichzeitig brauchen wir in Deutschland auch Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte für unsere wachsende Wirtschaft. Dabei muss man jedoch im Blick behalten, dass die Zahl derjenigen Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien gestiegen ist, die hier Sozialleistungen erhalten. Derzeit beziehen laut dem Bundesarbeitsministerium rund zehn Prozent der hier lebenden Rumänen und Bulgaren Leistungen nach Hartz IV. So sind und waren die Regelungen zur Personenfreizügigkeit der EU nicht gedacht. Für uns heißt es ganz klar: Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme. Daher ist es richtig, dass die Bundesregierung einen Staatssekretärsausschuss eingesetzt hat, der sich mit der Thematik befasst und Lösungen für die vorhandenen Probleme mit Armutsmigration in den Städten vorschlagen wird.



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der ersten Sitzungswoche des Jahres begann auch der parlamentarische Normalbetrieb in dieser Wahlperiode. 113 Tage nach der Bundestagswahl wurde es hierfür auch Zeit. Nun gilt es, im Plenum und den Ausschüssen den Koalitionsvertrag umzusetzen. Es ist ein Vertrag, der gut für die Menschen ist, ein Vertrag mit weiß-blauer Seele. Wir wollen, dass er seine Seele behält und werden deshalb auf eine bürgerliche und christlich-soziale Umsetzung achten.

Ein Kernanliegen werden wir in der nächsten Sitzungswoche anpacken, dann beginnen die Beratungen des Rentenpaketes mit der Verbesserung bei der Mütterrente, der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie der Erwerbsminderungsrente. Für uns ist wichtig, dort die Generationengerechtigkeit fest im Blick zu behalten und bei der Mütterrente auch auf eine möglichst unbürokratische Ausgestaltung zu achten. Der Koalitionsvertrag gilt dabei, auch was den Zeitpunkt angeht: Für jedes vor 1992 geborene Kind werden wir ab 1. Juli 2014 ein zusätzliches Erziehungsjahr bei der Rente berücksichtigen und notfalls die entsprechenden Beträge rückwirkend auszahlen.

Auch die Frage der Armutszuwanderung beschäftigt uns weiter. Die EU-Freizügigkeit war nicht als Freiheit ohne Regeln gedacht. Das betont nicht nur die CSU-Landesgruppe, das hat auch EU-Kommissionspräsident Barroso in dieser Woche vor dem Europaparlament betont und weiter gesagt: „Wenn es einen Missbrauch der Freizügigkeit gibt, dann ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Mitgliedsstaaten, tätig zu werden.“ Der CSU-Landesgruppe geht es genau darum. Wir sind wie der Kommissionspräsident überzeugt, dass man dem hohen Gut der Freizügigkeit keinen Gefallen tut, wenn man vor Missbrauch die Augen verschließt.



Alexander Radwan MdB

CSU-Landesgruppe trifft weitere Personalentscheidungen

Vorsitzende der sechs Arbeitskreise gewählt

Die CSU-Landesgruppe hat zu Beginn der ersten Sitzungswoche des Jahres die sechs Vorsitzenden ihrer Arbeitskreise gewählt. Dabei wurden fünf neue Vorsitzende gewählt, Bartholomäus Kalb wurde in seinem Amt als Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen bestätigt. Die einzelnen Arbeitskreise verantworten die fachliche Politik der CSU-Landesgruppe in den jeweiligen Ausschüssen.

Neuer Vorsitzender des Arbeitskreises I (Innen, Recht und Verbraucherschutz, Kommunalpolitik, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien) ist Michael Frieser. Karl Holmeier ist neuer Vorsitzender des Arbeitskreises II (Wirtschaft und Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung, Tourismus). Den Vorsitz des Arbeitskreises III (Finanzen und Haushalt) hat – wie bereits in der 17. Legislaturperiode – weiterhin Bartholomäus Kalb inne. Zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises IV (Arbeit und Soziales, Gesundheit, Drogenbeauftragten der Bundesregierung berufen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Spitze der CSU-Landesgruppe mit den neu gewählten Arbeitsgruppenvorsitzenden. v.l.n.r.: Karl Holmeier, Bartholomäus Kalb, Florian Hahn, Gerda Hasselfeldt, Stephan Stracke, Marlene Mortler, Michael Frieser und Max Straubinger.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend) wählten die CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke. Zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises V (Auswärtiges, Verteidigung, Angelegenheiten der EU, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe) Florian Hahn. Marlene Mortler ist neue Vorsitzende des Arbeitskreises VI (Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit). Zudem wurde Marlene Mortler auch zur

Diese Woche

- Erste Sitzungswoche des Jahres 2014
CSU-Landesgruppe nimmt in Berlin die Parlamentsarbeit auf 1
- CSU-Landesgruppe trifft weitere Personalentscheidungen
Vorsitzende der sechs Arbeitskreise gewählt 2
- Landesgruppe stellt drei Ausschussvorsitzende **Wöhrl, Ramsauer und Lehrieder werden Vorsitzende von Ausschüssen** 2
- Bundestag debattiert OECD-Studie PISA 2012
Deutschland ist bei der Bildung auf sehr gutem Weg 3
- Haushaltsabschluss 2013
Weniger Schulden als geplant 3
- Europapolitik
Debatte über EU-Kommission 3
- Bericht des Wehrbeauftragten 2012
Seit 2011 kein deutscher Soldat mehr gefallen 4
- Operation Active Fence
Luftverteidigung wird fortgesetzt 4
- Operation Active Endeavour
Mittelmeereinsatz verlängert 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Verantwortliche Redakteurin: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Landesgruppe stellt drei Ausschussvorsitzende

Wöhrl, Ramsauer und Lehrieder werden Vorsitzende von Ausschüssen

Die CSU-Landesgruppe stellt in der 18. Legislaturperiode insgesamt drei Ausschussvorsitzende: Dagmar Wöhrl, Dr. Peter Ramsauer und Paul Lehrieder haben in dieser Woche ihre Arbeit als Ausschussvorsitzende aufgenommen.

Dagmar Wöhrl ist Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dr. Peter Ramsauer übernimmt den Vorsitz des Ausschusses für Wirtschaft und Energie. Paul Lehrieder leitet den

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Nachdem die Landesgruppe am Montag über diese Personalien entschieden hatte, wurden diese am Dienstag von der CDU/CSU-Fraktion bestätigt und konnten in den Ausschüssen in dieser Woche bereits die Arbeit aufnehmen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die neuen Ausschussvorsitzenden v.l.n.r.: Dr. Peter Ramsauer, Dagmar Wöhrl, Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt, Paul Lehrieder und Landesgruppengeschäftsführer Max Straubinger.

Bundestag debattiert OECD-Studie PISA 2012

Deutschland ist bei der Bildung auf sehr gutem Weg

Die CSU-Abgeordneten haben sich am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestags mit der OECD-Studie PISA 2012 befasst. Die Studie belegt deutlich, dass Deutschland bei der Bildung auf einem sehr guten Weg ist: Erstmals lagen die Leistungen der Schüler in Deutschland in allen Testbereichen deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Dabei schnitten die Schülerinnen und Schüler aus Bayern bei der PISA-Studie besonders gut ab.

Die fünfte PISA-Studie ergibt: Die Leistungen der deutschen Schüler haben sich in allen drei geprüften Bereichen – Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften – deutlich verbessert. Die Ergebnisse liegen mittlerweile über dem Durchschnitt der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Deutschland gehört

damit zu den wenigen Staaten, die sich seit den ersten PISA-Erhebungen kontinuierlich verbessert hat. Gleichzeitig ist der Anteil leistungsschwacher Schüler stetig gesunken und liegt nun unter dem Durchschnitt der OECD. Besonders hervorzuheben ist, dass sich auch die Leistung der Schüler mit Migrationshintergrund verbessert hat. Ebenso ist der Zusammenhang von schwieriger sozialer Herkunft und schwacher Schülerleistung eindeutig zu-



Foto: picture alliance / dpa

Die Leistungen der Schüler in Deutschland lagen bei der PISA-Studie 2012 erstmals deutlich über dem Durchschnitt der OECD

stungsbereitschaft unserer Schüler – auch den Erfolg der christlich-sozialen Bildungspolitik nach. Die Bildung steht für die CSU-Landesgruppe auf der politischen Agenda weiter ganz oben. Aus diesem Grund ist es besonders erfreulich, dass die CSU in dieser Legislaturperiode mit dem ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer Stefan Müller einen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt.

rückgegangen. Damit belegt die PISA-Vergleichsstudie eindrucksvoll, dass die zahlreichen Reformen seit 2000, dem Jahr des sogenannten „PISA-Schocks“, positive Auswirkungen hatten. Ergänzende Studien belegen darüber hinaus, dass Bayern innerhalb Deutschlands besonders gut dasteht. Diese erfreulichen Rahmendaten weisen – neben der Lei-

Haushaltsabschluss 2013



Foto: picture alliance/ Arco Images GmbH

Weniger Schulden als geplant

Der Haushaltsabschluss 2013 bezeugt einmal mehr das solide Wirtschaften der unionsgeführten Bundesregierung. Trotz der Mehrbelastungen durch die Fluthilfe ist es der Union gelungen, im vergangenen Jahr rund drei Milliarden Euro weniger Schulden zu machen als geplant. Das geht aus dem vorläufigen Abschluss des Bundeshaushalts für das Jahr 2013 hervor, den das Bundesfinanzministerium diese Woche veröffentlicht hat. Der Bund hat demnach im vergangenen Jahr 22,1 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Die Neuverschuldung lag damit nicht nur unter den Planwerten, sondern auch unter dem Wert des Vorjahres (2012: 22,5 Milliarden Euro). Maßgeblich dazu beigetragen haben die Ausgaben, die um 2,2 Milliarden Euro niedriger waren als geplant, während die Steuereinnahmen im Rahmen der Erwartungen blieben. Die CSU-Landesgruppe wird sich weiter dafür stark machen, den in der vergangenen Legislaturperiode eingeschlagenen Konsolidierungskurs in der Großen Koalition konsequent fortzusetzen.

Europapolitik



Foto: picture alliance/ dpa

Debatte über EU-Kommission

Der Bundestag hat sich am Freitag mit dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission beschäftigt. Dieses sieht vier vorrangig zu behandelnde Themenbereiche vor: Neben der Wirtschafts- und Währungsunion stehen Initiativen zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Vordergrund – auch mit Blick auf einen europäischen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik. Weiterhin stellt die Kommission den Bereich der Sicherheits- und Justizpolitik in das Zentrum ihres Handelns. Schließlich legt sie eine außenwirtschaftliche und außenpolitische Handlungsagenda vor. Der CSU-Landesgruppe ist es ein besonderes Anliegen, dieses Arbeitsprogramm im Deutschen Bundestag zu diskutieren – unter besonderer Beachtung der Entwicklung in der Eurozone, der Arbeit an der Bankenunion sowie der Freizügigkeit in Europa. Auch die Frage, wie sich die Dienstleistungsfreiheit und die Gewährleistung von Sozialleistungen entwickeln können, spielte bei der Debatte eine Rolle.

Bericht des Wehrbeauftragten 2012

Seit 2011 kein deutscher Soldat mehr gefallen

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben am Donnerstag über den Bericht des Wehrbeauftragten für das Berichtsjahr 2012 debattiert. Äußerst erfreulich ist dabei, dass im Berichtsjahr kein einziger deutscher Soldat gefallen ist. Allerdings beklagt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, in seinem Bericht auch die weiterhin schlechte Stimmung in der Bundeswehr und stellt „tiefgreifende“ Verunsicherungen und Überbelastungen bei den Soldaten durch die Bundeswehrreform fest.

Etwa 4.300 Eingaben vermeldet der 54. Bericht des Wehrbeauftragten. Diese Zahl ist nicht zuletzt Ausdruck vieler Probleme, die unsere Soldatinnen und Soldaten belasten. Allerdings werden die Tätigkeitsberichte des Wehrbeauftragten oft als reine Mängelberichte wahrgenommen, was jedoch weder der Stimmung in der Truppe noch der Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte insgesamt gerecht wird. Das vergangene Jahr hat mit der Neuausrichtung der Bundeswehr für viele Soldatinnen und Soldaten sowie für ihre Familien Unsicherheit und Belastungen mit sich gebracht. Das ist bei einer so tiefgreifenden Veränderung unvermeidlich. Das weitverbreitete Gefühl, bei diesen Veränderungen nicht „mitgenommen“, nicht eingebunden



Foto: picture alliance / dpa

Seit August 2011 ist kein deutscher Soldat mehr gefallen

und nicht ausreichend informiert zu sein, hat indessen zu Zweifeln geführt, ob bei der Verteilung der Lasten die Interessen der betroffenen Soldatinnen und Soldaten angemessen berücksichtigt wurden. Gleichzeitig gibt der Bericht 2012 aber auch Grund zu Freude und Dankbarkeit: kein deutscher Soldat ist im Berichtsjahr gefallen, und auch die Zahl und die

Schwere der Verwundungen sind stark zurückgegangen. Bei den Auslandseinsätzen hat sich, außer im Kosovo, im Berichtsjahr allgemein der positive Trend fortgesetzt. Gerade in Afghanistan haben weitere Verbesserungen bei Ausbildung, Ausrüstung und Ausstattung zu einem starken Rückgang der Zahl der Verwundeten, insbesondere der Schwerstverwundeten, geführt.

Operation Active Fence



Foto: picture alliance/ dpa

Luftverteidigung wird fortgesetzt

Auf Ersuchen der Türkei verstärken die deutschen Streitkräfte seit Dezember 2012 die integrierte Luftverteidigung der Nato an der syrisch-türkischen Grenze. Das aktuelle Mandat des Bundestages gilt bis zum 31. Januar 2014 und umfasst 400 Soldaten. Am Donnerstag hat der Bundestag beschlossen, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO fortzusetzen. Die Bundeswehr wird sich danach weiterhin mit bis zu 400 deutschen Soldaten in zwei Patriot-Flugabwehrstaffeln im türkisch-syrischen Grenzgebiet engagieren – bis längstens 31. Januar 2015. Das Mandat „Active Fence“ schützt Teile der Türkei vor möglichen Raketen aus Syrien. Die Truppe ist nicht im unmittelbaren türkisch-syrischen Grenzgebiet stationiert, sondern in Kahramanmaraş, rund 100 Kilometer nördlich der Grenze. Am Einsatz beteiligen sich auch die Niederlande und die USA. Es geht dabei in erster Linie um ein Zeichen der Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei, der unmittelbar an die Konfliktregion angrenzt.

Operation Active Endeavour



Foto: Bundeswehr / Deutsche Marine

Mittelmeereinsatz verlängert

Der Bundestag hat am Donnerstag beschlossen, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation Active Endeavour (OAE) im Mittelmeer fortzusetzen. Das Mandat sieht eine von 700 auf 500 Soldaten reduzierte personelle Obergrenze vor und gilt bis zum 31. Dezember 2014. Die Operation „Active Endeavour“ wurde durch die NATO-Mitgliedstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Diese Bedrohung wird derzeit jedoch als abstrakt bewertet. Deshalb wird sich der deutsche Beitrag künftig auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Verbänden der NATO, an den Flügen der AWACS und auf den Austausch von Lage- und Daten beschränken. Deutschland setzt sich im Bündnis kontinuierlich dafür ein, die Einsatzgrundlagen von OAE auch konzeptionell an die tatsächliche Einsatzrealität anzupassen. Das Aufgabenspektrum der Operation soll sich danach auf Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit beschränken.